

Erscheint wöchentlich drei Mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Vierteljährlicher Pränumerationspreis für Einheimische 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anhalten 18 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die einspaltige Corpus-Seite oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

N. 17.

Sonnabend, den 7. Februar.

1863.

Thorner Geschichts-Kalender.

- 7. Februar 1813. Russische Infanterie und Artillerie kommt auf dem linken Weichselufer an.
- 8. 1838. Die Blokade beginnt, General Langeron fordert die Stadt zur Uebergabe auf.

Landtag.

Abgeordnetenhaus. In der Fraktion der Fortschrittspartei begann am Sonnabend die Diskussion über die leitenden Grundzüge für das Vorgehen in dieser so schwer verwickelten und verhängnisvollen Aufgabe. Gestern Abend wurde die Verathung fortgesetzt und der Beschluß gefaßt, daß das Abgeordnetenhaus in die Verathung des Budgets für 1863 eintrete, jedoch beim Eintritt eine Resolution beschließe, welche Rechtsverwahrung einlege und namentlich die civilrechtliche Haftungspflicht der Minister ausspreche. Die für die Budgetkommission zu diesem Zwecke vorbereitete Resolution fand allgemeine Zustimmung. Sie ist von dem Abgeordneten v. Forckenbeck entworfen und lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären:

- 1) daß es der Verathung des Gesetzentwurfs über die Ausgaben und Einnahmen des Jahres 1862 vorbehalten bleibt, die Summen der Ausgaben des Jahres 1862 festzustellen für welche als verfassungswidrige die Minister mit ihrer Person und ihrem Vermögen haftbar sind;
- 2) daß die Verfassungsverletzung seitens der Minister die Verathung des Etats pro 1863 weder rechtlich noch thatsächlich zur Unmöglichkeit macht, dem Hause vielmehr daran gelegen sein muß, durch Wahrnehmung seiner verfassungsmäßigen Stellung der Verlängerung verfassungswidriger Zustände seinerseits vorzubeugen;
- 3) daß es demgemäß in die Verathung des Etatsentwurfs pro 1863 eintrete.

Herrenhaus. Der Entwurf der Adresse des Herrenhauses ist bereits durch den Druck veröffentlicht; er ist von den Herren v. Gaffron, v. Plöz und Graf Wittberg beantragt, und von zahlreichen Mitgliedern der Rechten und des Centrums (Herzog von Ujest u. s. w.) unterzeichnet. Um die letztere Fraktion zu gewinnen, sind allerlei Betrachtungen über den Rechtsstaat und Verwahrungen gegen den Gedanken, als ob Macht vor Recht gehe, eingeflochten. Auch ist jede Erwähnung des berühmten Beschlusses vermieden, durch welchen das Herrenhaus das Regierungsbudget annahm; als „unbestritten“ wird ihm nur das Recht vindicirt, den ganzen Budget-Entwurf zu verwerfen. Doch sind das im Grunde nur beiläufige Inkonsequenzen; im Wesentlichen beherrscht die Theorie des Herrn v. Bismarck die ganze Ausföhrung. Der patriarchalische Absolutismus wird als die in Preußen fortbestehende Regierungsform aufgefaßt, und bei allen Konflikten giebt zuletzt die Krone den Ausschlag. Die Programme des preussischen Volksvereins und der patriotischen Vereinigung sind ohne einen besonderen Aufwand von dialektischer Kunst verschmolzen. Das schwache Werk ist durch die Adressdebatte des Abgeordnetenhauses vollständig überholt, und man darf sich einigermaßen wundern, daß von so laibnen Ausführungen nachträglich irgend eine Wirkung erwartet wird. Zuletzt erhält das gegenwärtige Ministerium ein unbedingtes Vertrauensvotum; um sein Programm scharf zu definiren, sind die unterzeichneten Mitglieder, die Unterschiede ihrer Auffassung einzelner politischer Fragen für den Augenblick vergebend. Viele Mitglieder des Herrenhauses wünschten bekanntlich früher, daß von einer Adresse ganz abgesehen werde. Wie der „Köln. Z.“ von hier berichtet wird, hätten Verabredungen in einer Soiree des Herrn Kriegsministers eine Ummünzung bewirkt. Man entschloß sich nun zu der von dem Ministerium selbst gewünschten Föchtung. Die Adresskommission des Herrenhauses hat ihre Aufgabe bereits (am 4. v.) beendet, sie empfiehlt einstimmig den Entwurf, dessen Diskussion bereits für die auf morgen (d. 5.) Vormittags 11 Uhr anberaumte öffentliche Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt ist. In der Kommission befand sich kein einziger Vertreter der Städte und Universitäten.

Politische Rundschau.

Zur Bewegung in Polen. Die neuesten Nachrichten (v. Z. d.) über den Zustand in Polen in den schlesischen Blättern deuten darauf hin, daß der Auf-

stand nicht allein an Ausdehnung, sondern auch an Centralisation gewonnen hat. Die polnische Kreisstadt Dlkulsk (nahe der preussischen Grenze bei Myslowice) ist am 1. Februar von 3000 Insurgenten genommen worden, die sich auf dem Marsche nach der zunächst Myslowice belegenen Grenzstadt Modrzejow befanden, um die dasige russische Zollamtskasse zu plündern. In Myslowice sind preussische Truppen zur Bewachung der Grenze eingetroffen. In der großen Fabrikstadt Lodz in Masowien rückten am 1. d. 800 Insurgenten ein, entnahmen aus die Bankfiliale 18,000 Rubel, aus dem Post-Amt 31,000 Rubel Regierungsgelder und schrieben eine Refrutierung aus. Das Privateigenthum wurde geschont. Sämmtliche Beamte sind entflohen.

In Warschau, den 2. d. herrscht Todtenstille und man hört kaum, daß wegen Uebertretung der sehr beengenden Polizeimaßregeln Verhaftungen vorkämen, während im vorigen Winter unter dem Kriegsgouverneur Krzyzanowski und Oberpolizeimeister Wisludski unseligen Angedenkens die Zahl der polizeilich Verhafteten in die Tausende ging. Ueberhaupt müssen wir die maßvolle Haltung der Regierung dankend anerkennen, die sich durch Nichts von der eingeschlagenen Bahn verdrängen lassen will. In diesen Tagen erging ein Rundschreiben des Statthalters an alle Militärschefs mit der Aufforderung, die gefangenen Insurgenten möglichst schonend zu behandeln, und von dem Standrecht nur in Ausnahmefällen Gebrauch zu machen. Wäre es der hiesigen Presse erlaubt, über innere politische Zustände zu schreiben und unterdrückte nicht vielmehr die Censur jede selbständige Regung des Volksgeistes in der Meinung, Ruhe sei die erste Bürgerpflicht, dann hätte es zu dem unglückseligen Zustande nicht kommen können, und die Regierung hätte an der Mehrzahl der Landesbewohner die beste Stütze gegen die kleine, aber durch die Theilnahmlosigkeit der Bessern einzig mächtige Partei der Nothen. — Petersburg, 4. Februar. Der Flügeladjutant Mostiz wurde Sonntag Nacht bei Biala von mehreren Insurgentenhäufen angegriffen; es fand ein zweistündiges Gefecht statt. Die Insurgenten zogen sich nach Jauow zurück, 42 Tode und Verwundete mitnehmend. General Likhatschew machte mit der Husarendivision von Wilna einen Angriff auf die Insurgenten im Königreiche. Die Insurgenten verloren 30 Tode, 4 Gefangene. Ein anderer Haufe ist, den Nebenfluß passirend, im Kreise Troki erschienen. — Den Großfürsten Konstantin haben 17 Obersten, 5 Oberstlieutenants, 18 Majors, 96 Hauptleuten, 132 Lieutenants und 98 Fähnrichs nachfolgende Adresse überreicht:

„Unsere Pflicht ist hier in Warschau keine andere, als sonst überall: Treue dem Souverain, Treue dem bestehenden Gesez. Die Armee, welche das Vaterland im Kriege zu vertheidigen hat, muß in Zeiten innerer Unruhen eine nicht minder heilige Pflicht erfüllen, die nämlich, die Gesellschaft und die Sicherheit des Staates zu schützen. Eine Armee, welche sich von politischen Gesichtspunkten und individuellen Meinungen leiten ließe, würde das schmachliche Bild einer undisciplinirten und anarchischen Menge darbieten, welche die ganze civilisirte Gesellschaft bedroht. Wir hoffen im Gegentheil der Entweckelung und Größe unseres Vaterlandes am besten zu dienen, wenn wir die Ordnung und die öffentliche Sicherheit aufrecht erhalten.“

Warschau, 5. Februar. Auf Befehl des Kaisers soll der Staatsrath verschiedene Projecte Behufs Verbesserung des Administrationswesens des Königreichs Polen vornehmen. In Plock wurden nach Standrecht 18 Insurgenten abgeurtheilt und zwei derselben er-

schoffen. — Ein der D. Z. zugehender Brief aus Warschau vom 4. Februar, meldet, daß bei Wachoß zwischen Radom und Kielce ca. 20,000 Insurgenten unter dem Grafen Tyszkiewicz stehen. Es soll ein verfehlter Versuch gemacht sein, Wielopoloki zu versgissen. — Um Ihren Lesern einen Begriff von der Wuth zu geben, mit welcher der Kampf vom Volke unternommen ist, theile ich nur ein Factum mit, das ich von einem glaubwürdigen höheren russischen Offizier habe. Derselbe hat es selbst gesehen, wie im Kampfe in Plock ein Knabe von höchstens 12 Jahren auf einen Offizier geseuert und ihn getroffen hat. Daß bei solcher Wuth es ohne Greulthaten nicht ablaufen kann, versteht sich von selbst, jedoch sind solche vereinzelt und entgegengesetzte Mittheilungen gewisser Organe sind übertrieben. Im Plockischen und ganz besonders im Kreise Gostynien, welches anfangs dem Aufstande als ein Hauptpunkt dienen sollte, ist alles wieder ruhig, die Zuckerrfabriken wieder im Gange. — Die Sendungen von Wollsaeken an die Insurgenten so wie jeden Bedarfs für die Verwundeten gehen mit erstaunlicher Raschheit und Gewissenhaftigkeit vor sich. — Außer vielen Damen, welche zur Pflege der kranken und verwundeten Verschworenen nach den ihnen bewaffneten Orten gegangen sind, hat auch eine Anzahl barmherziger Schwestern mit Erlaubniß des Großfürsten sich hinausbegeben. — Die Bresl. Ztg. vom 4. d. erhielt aus Warschau die Nachricht, daß die Insurgenten unter drei Befehlshabern ständen, im Gouvernement Augustowo, wo die Hauptmacht unter dem Obristen Lenkiewicz, ehemaligen Adjutanten Garibaldi's, in der Gegend von Nawa (Gouvernement Warschau) unter dem Grafen Tyszkiewicz, im Lubliner Gouvernement unter Frankowski. Auch im Gouvernement Radom hätten sie starken Anhang. — Nach der Bresl. Ztg. vom 5. d. Mts. stehen bei Wonchoz, bei Radom, 15—20 Tausend Insurgenten, welche größtentheils sehr gut bewaffnet sind. Aus Warschau kommen ihnen Waffen zu. — Nachzüge auf der Warschauer Bahn sind seit dem 3. bis zu Weiteres eingestellt.

Deutschland. Berlin, den 4. Februar.

Dem Abgeordneten Maj. a. D. Dr. Beiske ist aus seinem Wahlkreise (Samm) am 3. d. folgende telegraphische Depesche zugegangen: Dem muthigen Kämpfer und hochgeehrten Geschichtsschreiber herzliche Glückwünsche zum Jubeltage von Wahlmännern und Urwählern. — Se. Maj. der König besuchte gestern den Verein der Freiwilligen und den Verein der freiwilligen Jäger und Kampfgenossen, während dieselben sich zur Feier des 3. Februar versammelt hatten. — Eine nach München am 27. Januar Seitens der preussischen Regierung abgesandte Depesche bestätigt das Festhalten Preußens am französischen Handelsvertrage. Es verlautet gerücheweise, daß der Vicepräsident des Obertribunals, Schlieckmann, zum Justizminister designirt sei. — Wie die „M. St. Ztg.“ erfährt, ist die Nachricht der „Mhein. Ztg.“, daß dem Abgeordneten Major Beiske das Tragen der Armeuniform aberkannt worden, unbegründet. Ueber die Anklage und Vertheidigung müssen 26 noch im Dienst stehende Stabsoffiziere gehört werden, während, wie wir beläufig bemerken, über den Baron v. Baerst 26 nicht mehr im Dienst befindliche Stabsoffiziere zu Vertretern erkoren sind. Das ehrengerichtliche Urtheil unterliegt in zweiter Instanz der Entscheidung des Königs. — Unter den neuesten Beförderungen zu höheren militärischen Stellen befinden sich von Fürsten und Edelknechten 42, von Bürgerlichen — man rathe, wie viel? Kein einziger Bürgerlicher ist befördert worden. Und

doch sind es schon länger als fünfzig Jahre her, daß auch im preussischen Heere alle Beförderung nur nach Verdienst und Würdigkeit stattfinden soll! Man würde also auf den Gedanken kommen können, daß sich unter der nichtadeligen Bevölkerung Preußens ein bedenklicher Mangel an kriegerischer Tüchtigkeit zeige, wenn man sich nicht glücklicher Weise erinnerte, daß ein großer Theil der niedrigen Chargen und so ziemlich die gesammte Mannschafft von Bürgerlichen gestellt werden.

— Jetzt ist ein ganz neues Agitationsmittel im Werke, die Bildung dauernder politischer Gesellschaften mit dem Namen „Patriotischer Verein“, welche durch den ganzen Staat errichtet und dann von dem feudalen Hauptquartier in Berlin aus geleitet werden sollen. Bei der Gründung eines „Patriotischen Vereins“ bleibt der Zweck fürs erste ziemlich im Dunkeln, wenigstens so weit, daß arglose schlichte Leute, die sich wenig um Politik kümmern, anfangs nicht leicht merken, was man mit ihnen vorhat. Die Liberalen mögen also die Augen offen halten, besonders in kleineren Städten. Das wirksamste Vorbeugungsmittel gegen das Entstehen reaktionärer Gesellschaften besteht darin, daß die Liberalen für ihre Zwecke selbst Vereine bilden, in denen der Mittelstand Belehrung und Unterhaltung finde. Wer mit solchen Dingen zuerst auf dem Platze ist, dem fallen die Gleichgültigen ganz von selbst zu. — Den 5. Die „Kob. Ztg.“ und die „Goth. Z.“ enthalten gleichzeitig die anscheinend offiziöse Notiz, daß die Verhandlungen mit dem Herzog von Koburg bezüglich der griechischen Thronkandidatur zu keinem Resultate geführt haben. — Dem Abg. v. Baer und Maj. a. D. Dr. Bette sind am 3. auf telegraphischem Wege viele Ehrenbezeugungen zugegangen. — (K. 3.) Der bekannte Militär-Schriftsteller W. Rüstow hat wieder in sechs Briefen an einen Abgeordneten eine Broschüre, „Zur Warnung vor den Compensationen in der preussischen Militär-Frage“ (Hamburg, bei Meißner), erscheinen lassen. Wer die Sprache kennt, welche der Verfasser auch in seinen eigenen Denkwürdigkeiten führt, wird sich nicht wundern dürfen, wenn er auch hier Ausdrücken begegnet, die man bei uns nicht recht gewohnt ist. Geht man aber auf den sachlichen Inhalt ein, so wird man finden, daß ein großer Fonds von gesundem Urtheil in allem dem ist, was über unsere Militärverfassung, über die Pläne des Kriegsministeriums und über das, was uns Noth thut, darin enthalten ist. — Den 6. Aus Gotha, vom 3., telegraphirt man der „Voss. Ztg.“: „Der Landtag votirte heute einstimmig dem preussischen Abgeordnetenhaus wegen dessen Haltung in der Adress-Debatte, sowie wegen Annahme der Commissionsanträge seinen Dank.“

— Aus Coblenz meldet die „Rhein. Ztg.“, daß die dortigen Gerichte sich dahin ausgesprochen haben, daß der Ministerial-Erlaß, wonach die amtlichen Bekanntmachungen in einem besonderen amtlichen Blatte zur Kenntniß zu bringen seien, mit den dort geltenden gesetzlichen Bestimmungen über gerichtliche Veröffentlichungen im Widerspruch stände und demnach keine Nachahmung finden könne. — Aus Posen hört die „Kreuzzeitung“, daß sämtliche Landräthe der Provinz vor einigen Tagen dort versammelt waren, um unter den gegenwärtigen Verhältnissen direkte Anweisungen wegen der etwa erforderlichen Maßregeln zu erhalten. In Leipzig wurde am 29. v. Mts. Seumes hundertjähriger Geburtstag gefeiert und bei dieser Gelegenheit auf Vorschlag des Prof. Rosmäyler die Gründung eines Deutschen Nationalfonds beschlossen. Der Vorschlag wurde mit so allgemeinem Beifall aufgenommen, daß eine Sammlung freiwilliger Beiträge in der Versammlung ein höchst erfreuliches Ergebnis gab. Ein Aufruf an das ganze deutsche Volk wird vorbereitet. Die angesehensten Häuser haben sich hier zur Zeichnung beträchtlicher Summen erklärt.

Oesterreich. Lemberg, 3. Februar. Eine polizeiliche Kundmachung ist hier erschienen, durch welche constatirt wird, daß eine bedeutende Anzahl bewaffneter junger Leute die Stadt verlassen hat, um den aufständischen Polen sich anzuschließen. Die Polizeidirection macht darauf aufmerksam, daß sowohl Werbungen wie Versuche zum Uebertritt der Grenze eine strafgesetliche Beurtheilung nach sich ziehen werden.

Frankreich. Die Pariser Blätter (vom 1. v. Mts.) beschäftigen sich viel mit der Adress-Debatte im preuß. Abgeordnetenhaus. Fast alle stimmen in der Ansicht überein, daß sie das Heil Preußens nur in einem neuen Ministerium sehen, das den Souverän nicht in Dinge verwickelt, von denen im voraus gewiß ist, daß ihm das Land nicht darin folgen will. — Die Antwort des Kaisers auf die Adresse des Senats enthält kaum mehr als die durch die Courtoise gebotenen Formeln. Die liberale Majorität hat es also vergeblich versucht, durch ihren energischen Protest zu

Gunsten des Papstes den Kaiser zu einer bestimmten Erwiderung zu veranlassen. — Die polnischen Unruhen machen der Regierung einige Sorge: man fragt sich, wohin bei der Unversöhnlichkeit der Gegenstände das führen soll. Die Vermittlung ist da noch schwieriger als in Amerika. — Die Nachrichten aus Mexiko sind nicht schlecht; der Gesundheitszustand der Truppen hat sich merklich gebessert. General Forey geht langsam zu Werke und will nur mit sicherer Aussicht auf Erfolg gegen die Hauptstadt vorgehen. Es wäre nicht unmöglich, daß er Puebla umgeht. — Der „Temps“ hält die Lage in Berlin für sehr ernst, da der Konflikt bereits über die Häupter der Minister hinweggehe. Herr v. Bismarck scheine die Schwierigkeiten durchaus zu unterschätzen und überhaupt eine höchst unvollständige Vorstellung von den Nothwendigkeiten der konstitutionellen Regierung zu haben.

Italien. Bon dem Straßennetz, welches der Minister der öffentlichen Arbeiten im Ministerathe als wirksames Mittel zur Ausrottung des Räuberwesens vorgeschlagen, soll zunächst eine Straße durch die ausgedehnten Wälder der Garganogegend in Angriff genommen werden. Dieselbe soll etwa 16 Kilometer, von S. Marco bis zur Straße von S. Severo nach Apricena, lang werden. Der Kriegsminister hat schon Befehl gegeben, daß zwei Bataillone Genietruppen vor Ende Februar nach S. Severo gehen.

Provinzielles.

Gräudenz, den 4. Februar. (G. G.) Gestern Abend flammte auf unserem Klime ein mächtiges Feuer auf, das von einigen Bewohnern hiesiger Stadt zum Gedächtniß des 3. Februar 1813 angezündet wurde. Es war die einzige öffentliche Kundgebung an diesem wichtigen Gedenktage, von der wir zu berichten wissen. Hier und da frischen Veteranen des Befreiungskrieges ihre stolzen Erinnerungen bei einer Flasche Rheinwein auf, den wir ohne das Jahr 1813 heute wohl unter französischer Etiquette trinken würden; auch in andern Privatirkeln wurde des Tages gedacht. Ein öffentliches Fest war unter dem Druck der innern politischen Verhältnisse nicht zu erwarten. Wir haben keinen Anlaß ein Freudenfest zu feiern und andererseits zu viel Vertrauen zu der Ausdauer der gesunden Richtung des Volksgeistes, um ein Trauerfest zu begehen. Das sind Aeußerungen, wie wir sie hin und wieder hörten.

Dänzig, den 4. Februar. (D. Z.) Der politische Verein der Liberalen des Danziger Wahlkreises hielt gestern im Schützenhaussaale zur Erinnerungsfest des 3. Februar eine Versammlung. Nach dem durch die Sänger vorgetragenen Liede: „Dem Vaterlande“ hielt H. Rieckert die Festrede. Derselbe gab ein kurze Uebersicht der Ereignisse von 1805—1813 und entwickelte, gestützt auf die durch die Geschichtsschreiber jener Zeit überlieferten Thatsachen, die Ursachen der Niederlage Preußens. Die darauf folgende glorreiche Erhebung sei eigenes Werk des Volkes; das Volk habe die Initiative ergriffen in dem Kampf für Thron und Vaterland. Obwohl dasselbe beide erreichte, obwohl vom König Friedrich Wilhelm III. bereits 1810 und später 1815 eine National-Präsentation wiederholt verheißen, sei Preußen doch erst seit 1850 in dem Besitze einer Verfassung. Aber auch jetzt könne es sich nicht dieses Besitzes freuen, es sei ein Kampf ausgebrochen um die wichtigsten Rechte des Landes — ein Kampf, der die edelsten und besten Kräfte des Vaterlandes verzehre und Preußens Macht schwäche. Es sei hohe Zeit, daß der Geist von 1808—1813, der Geist, der in den Stein'schen Reformgesetzen gelebt, wieder über Preußens Regierung komme. Nur der Geist der Wahrheit und Opferfreudigkeit, der Gemeinsinn und die Vaterlandsliebe würden, wie damals, so auch heute vor gänzlichem Verfall und Anarchie schützen. Jene Tugenden könnten aber nur da gedeihen, wo Recht vor Macht gehe und wo das Gesetz der Willkür gebiete. Die Geschichte Preußens von 1806 bis 1813 gebe die Antwort auf die Frage: was in dem Kampfe, der das Vaterland heute zerreißt, die Pflicht eines jeden Vaterlandsfreundes erheische. Nur dann, wenn das Volk unbeweglich auf dem Boden seines Rechts ausharre und nie aufhöre, öffentlich Zeugniß abzulegen für dieses Recht, werde es schweres Unheil von dem Vaterlande fern halten. — Schließlich brachte Hr. Buchholz-Gluckau ein Hoch auf die „wackern, treu zum Recht des Landes haltenden“ Abgeordneten und namentlich auf die im Abgeordnetenhaus befindlichen Veteranen aus. Das Hoch wurde per Telegraph an den Präsidenten Grabow gemeldet.

Königsberg, 1. Februar. Daß der zum Pro-

rector der hiesigen Universität gewählte Dr. von Wittich die allerhöchste Bestätigung nicht erhalten hat, erregt hier um so größere Senfation, als die seit dem Bestehen der Albertus-Universität die erste ist; ob ähnliche Zurückweisungen an andern preussischen Universitäten sonst schon erfolgt sein mögen, ist uns vorläufig unbekannt, doch glauben wir's kaum. — Den 3. Febr. (Berf.-Ztd.) Der Nichtbestätigung des Professor v. Wittich zum Prorector der Universität liegen rein formale Bedenken zum Grunde. Jeder Professor, der zum Prorector erwählt und bestätigt werden soll, muß das Dekanat zuvor mindestens ein Jahr inne gehabt haben. Herr v. W. ist noch nicht ein volles Jahr Dekan. Außerdem bleibt hiebei nicht zu vergessen, daß die Theologen diesmal einen der Ihrigen zum Prorector gewählt wissen wollten.

Phä, 1. Februar. (P. Z.) Der Aufstand im benachbarten Polen scheint einen größeren Umfang zu nehmen. Banden von 20—50 Mann sollen, wie uns von glaubhaften Personen mitgetheilt wird, die preussische Grenze überschritten haben, ohne jedoch hier einen Schaden anzurichten.

Cydkuhnen, 31. Jan. Die Unruhen im Königreich Polen scheinen sich unseren Gegenden zu nähern. Der gestern von Wirballen nach Petersburg abgegangene Schnellzug hat die Station Pilwischki erreicht und den dortigen Stationsvorsteher nicht mehr vorgefunden. (Pilwischki liegt etwa 7 Meilen hinter Wirballen.) Der Zug ist von dort abgefahren, zur nächsten Station gelangt, aber die Depesche, welche der Zugführer von dort über seine richtige Ankunft abgelassen hat, ist nicht mehr ganz angekommen. Die Leitung ist etwa um Mitternacht unterbrochen. Es ist seitdem kein Zug von Wirballen nach Kowno abgegangen, auch kein Zug von Kowno hier angekommen. Auch haben die hiesigen Kaufleute seit heute jede Waarensendung nach Rußland eingestellt. — Die abenteuerlichsten Gerüchte kreuzen sich. Die Familien der jenseitigen Beamten und Kaufleute, Deutsche, Russen und Polen, flüchten zum großen Theile mit ihren werthvollsten Habseligkeiten auf preussisches Gebiet, jede Nation stellt ihr Contingent an Flüchtlingen. Und doch sind bestimmte und so sichere Nachrichten über die Unruhen, daß ich Ihnen dieselben mittheilen möchte, nicht zu erlangen. Zwei Männer, welche den Haufen, welcher vermuthlich die Station Pilwischki occupirt hat, gesehen haben, schildern die Menge so, daß man etwa auf 500 Mann schließen möchte, welche auf der Straße von Suwalki nach Norden gezogen sind. Sie sollen unterwegs übrigens nichts weiter als Waffen genommen haben, wie ein deutscher Gutsbesitzer berichtet, welcher einen Besuch von ihnen erhalten hat. Man hat seine polnischen Gutsleute zur Theilnahme aufgefodert, und ihm zwei alte Gewehre, die er versteckt gehabt, abgenommen. Die Ungewißheit über die Absicht und den Verbleib dieses Haufens, macht ihn zum Schrecken der ganzen Gegend. Die russischen Beamten haben sich so gut es geht, und es geht wirklich oft sehr gut, bewaffnet und es wird trotz des Belagerungszustandes jedem zuverlässigen Manne gestattet, sich Waffen gegen den ersten Ueberfall zu halten. Auch sind zum Schutze des Wirballer Bahnhofes 60 Mann Infanterie und 8 Kosaken dort eingerückt. (D. Z.)

Den 3. Februar. Kurz nach Abgang meines letzten Berichtes traf hier die diesmal verbürgte Nachricht ein, daß auf die Besatzung der Station Pilwischken (zwischen Kowno und Wirballen) in der vergangenen Nacht ein Angriff von Insurgenten gemacht ist. Derselbe ist jedoch zum Nachtheil der Insurgenten ausgefallen, es sind eine Anzahl derselben getödtet und 30 Gefangene von den Truppen gemacht. Die Cavallerie, welche den Ausschlag bei dem Gefecht gegeben hat, soll übrigens nicht unbeträchtlichen Verlust an Pferden durch die Sensen der polnischen Insurgenten erlitten haben.

Bon der polnischen Grenze. In der letzten No. des „Gefelligen“ befindet sich eine Anzeige, wohl geeignet, einiges Aufsehen zu erregen. Dem Dominium Rynsk soll auf dem Wege von Graudenz nach Gause ein Wagen mit 4 Pferden nebst Knecht seit 14 Tagen verschwunden sein, ohne daß eine Spur dieses unglücklichen Gefährts, welches wahrscheinlich in den Urwäldern des Graudenzener Kreises noch unbeirrt oder in den Tiefen irgend eines beliebigen See's augenblicklich von den Plögen verspißt wird, gefunden ist. Gewiß wird Herr v. Ilowicki, der Pächter von Rynsk, uns dankbar sein, wenn wir ihm eine schwache Hoffnung zur Wiedererlangung seines Knechts und seiner Rosse machen können, wobei wir ausdrücklich erklären, auf die „angemessene Belohnung“ verzichten zu wollen. Man erzählt sich nämlich hier an der Grenze, daß ein solches Fuhrwerk bei Lipno in Polen von Kosaken an-

